

## **Antrag**

**der Abgeordneten Ulrike Höfken, Cornelia Behm, Nicole Maisch, Hans-Josef Fell, Winfried Hermann, Bettina Herlitzius, Peter Hettlich, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Rahmenbedingungen für Milchmarkt verbessern – Faire Erzeugerpreise für Milch unterstützen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Seit Jahren haben die Milchbauern mit Erzeugerpreisen zu kämpfen, die ihre Kosten nur unzureichend decken und die geleistete Arbeit nicht adäquat entlohnen. Die Preissteigerungen im zweiten Halbjahr 2007 haben da nur kurz für eine Entspannung gesorgt.

Ein Grund für diese Erzeugerpreisentwicklung ist die seit Jahren erhebliche Milch-Überschusserzeugung durch agrarpolitische Vorgaben. Die europäische Milchmenge lag aufgrund der politischen Beschlüsse immer bis zu 20 Prozent über dem Bedarf. Ein Sachverhalt, den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und der Bund deutscher Milchviehhalter e. V. (BDM) schon seit Jahren bemängeln. So hat die Quote zwei wichtige Zielsetzungen – die Gewährleistung von angemessenen Erzeugerpreisen und die Abmilderung des Strukturwandels in der Milchviehwirtschaft – nie erreichen können. Ein weiterer Grund sind die oligopolen Strukturen im deutschen Handel, die ihre Marktmacht ausspielen, um den Milchpreis ohne Rücksicht auf die Erzeuger nach unten zu drücken. Auch für die Verbraucher, Steuerzahler und Umwelt sind Überschusserzeugung und Druck auf die Qualität und Betriebe nicht von Vorteil.

Die europäische Kommission setzt für die Zukunft auf eine weitere Deregulierung des Milchmarktes. Dies wird den Strukturwandel weiter anheizen und das Aus vor allem für die bäuerliche Milchproduktion in den Mittelgebirgs- und Bergregionen bedeuten. Die im BDM organisierten Landwirte fordern daher zu Recht die Beibehaltung einer vernünftigen Mengenregulierungspolitik. Inzwischen organisieren sich die Bauern auf der europäischen Ebene mit dem European Milk Board, um ein politisches Umsteuern zu erreichen. Nur wenn Angebot und Nachfrage aufeinander abgestimmt werden können, kann eine Weiterentwicklung der Märkte zu kostendeckenden fairen Preisen für alle Beteiligten umgesetzt werden.

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, hat sich im Gegensatz zu den Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD nach langem Zögern hinter die Milchbauern gestellt und warb um Verständnis für die kleinen und mittleren Milchproduzenten, deren Zukunft ge-

währleistet sein müsse. Horst Seehofer verkündete Ende Mai 2008, dass er sich für eine bessere Bezahlung der Milchbauern einsetzen will. „Mein Appell ist, dass wieder 40 Cent je Liter gezahlt werden, wie wir es schon einmal hatten“, so Bundesminister Horst Seehofer. Er kündigte an, einen Milchgipfel einzuberufen und im Rahmen der Gesundheitsüberprüfung der Agrarreform von 2003 einen „Milchfonds“ aufzulegen. Nun muss Bundesminister Horst Seehofer seinen Worten Ziel führende Taten folgen lassen und nicht nur andere Akteure, sei es Handel oder EU-Kommission, in die Verantwortung nehmen. Er muss sich auf europäischer Ebene für die Belange der Milchbauern einsetzen und gleichzeitig seine nationalen Handlungsoptionen ergreifen. Die Bundesregierung muss ihre Möglichkeiten zur Gestaltung der Rahmendbedingungen für diesen Markt nutzen und ein Maßnahmenpaket entwickeln, mit dem sie kurzfristige Mengentlastungen auf dem Markt und langfristige Stabilität der Milchpreise auf kostendeckendem Niveau schafft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die von der europäischen Union beschlossene Milchquotenerhöhung von 2 Prozent zum 1. Juli 2008 in der nationalen Reserve zu belassen,
- die Molkerei-Saldierung auf nationaler Ebene auszusetzen und damit die nationale Überproduktion von Milch zu stoppen,
- den Umrechnungsfaktor von derzeit 1,02 kg/l Milch auf 1,03 kg/l Milch und damit auf europäisches Niveau anzuheben,
- gemeinsam mit den Milcherzeugern und der Molkereiwirtschaft ein flexibles und am Markt orientiertes Milchmengensteuerungssystem zu entwickeln, das kostendeckende Preise für die Landwirte ermöglicht, und sich auf nationaler und europäischer Ebene für die Einführung dieses Systems einzusetzen,
- auf europäischer Ebene im Rahmen des Health Checks die Rücknahme der Kommissionspläne zu jährlichen Milchmengenerhöhungen durchzusetzen und im Gegenzug eine Milchpolitik einzufordern, die verbraucher- und marktorientiert ist und gute Umwelt- und Qualitätsstandards gewährleistet,
- die im geplanten Milchfonds angedachten Maßnahmen zu konkretisieren und ein Finanzierungskonzept vorzulegen,
- weitere Möglichkeiten wie z. B. im Kartellrecht zur Stärkung der Verhandlungsposition der landwirtschaftlichen Erzeuger auszuarbeiten und vorzustellen.

Berlin, den 18. Juni 2008

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

### **Begründung**

Die Milchwirtschaft ist in vielen Mittelgebirgs- und Bergregionen die einzig mögliche Form der Landwirtschaft. Zudem erbringt sie dort wichtige zusätzliche Leistungen für den Erhalt der Kulturlandschaft, die touristischen Attraktivität und damit die regionalen Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist eine Aufgabe der europäischen Agrarpolitik, diese Standorte zu sichern. Ein weiteres Ziel muss sein, eine Milchproduktion mit hohen Qualitäts- und Umweltstandards in ganz Europa zu gewährleisten. Die jetzt anstehende Gesundheitsüberprüfung der europäischen Agrarpolitik muss dazu genutzt werden, beide Aspekte zu verankern.

Mit ihrem Milchliefestopp haben die Mitglieder des Bund Deutscher Milchbauern e. V. (BDM), später unterstützt vom Deutschen Bauernverband, gezeigt, dass die Milcherzeuger in Deutschland mit dem Rücken zur Wand stehen. Während die Erzeugerpreise seit Januar dieses Jahres um 30 Prozent auf 27 bis 35 Cent gesunken sind, haben sich die Produktionskosten der Landwirte durch steigende Energie-, Futter- und Betriebsmittelkosten um 20 Prozent erhöht. Ein kostendeckendes Wirtschaften ist so nicht mehr möglich; viele Milchviehbetriebe haben keine Zukunftsperspektive, wenn die Milchpreise nicht endlich auf einem fairen und kostendeckenden Niveau stabilisiert werden.

Auch die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung versteht laut einer Forsa-Umfrage (2. Juni 2008) die Situation der Bauern und würde mehr für den Liter Milch zahlen, wenn das Geld tatsächlich bei den Landwirten ankommt und nicht bei Handel und Molkereien versickert.

Die aktuellen massiven Erzeugerpreiseinbrüche sind durch die im März auf EU-Agrarrat beschlossene Milchquotenerhöhung um 2 Prozent politisch verursacht.

Die Bundesregierung hat sich während des Milchstreiks mit den Zielen der Landwirte solidarisch erklärt und ihnen Unterstützung bei der Durchsetzung ihres Ziels, einem Milchpreis von mindestens 43 Cent pro Liter, zugesagt. Nun muss sie geeignete Maßnahmen zur Stabilisierung der Erzeugerpreise auf kostendeckendem Niveau umsetzen.

Mit der Aussetzung der Molkerei-Saldierung auf nationaler Ebene wird kurzfristig Milchmenge von etwa 3 Prozent vom Markt genommen. Durch eine Änderung des Umrechnungsfaktors verringert sich bei gleichbleibender Milchquote die Produktion in Deutschland um 1 Prozent. Wenn die Quotenerhöhung von 2 Prozent in der nationalen Reserve eingehalten wird, wird die Milchproduktion nicht zusätzlich stimuliert. Alle drei Maßnahmen führen zu einer Marktentlastung und damit zu einer Wiederanhebung der Erzeugerpreise. Dies gibt die nötige Zeit, um Vorschläge für marktgerechte Mengenanpassungsregularien zu entwickeln.

